

Antrag der JU KV Gütersloh und der JU BV OWL

Der Deutschlandtag der Jungen Union möge beschließen und auf dem Parteitag der CDU einen entsprechenden Antrag stellen:

Antrag:

Wir fordern einen Tilgungsplan für Deutschlands Staatsschulden in dem wir mindestens die Hälfte des jährlichen Überschusses in Tilgung der Schulden zu investieren. Wir brauchen einen Schuldenabbau, denn wir als zukünftige Generationen werden schon die Last des demographischen Wandels tragen müssen. Dann dürfen wir nicht zusätzlich durch die enorme Schuldenlast belastet werden. Es wäre ein Schritt in Richtung Generationengerechtigkeit, wenn die Regierung anfangen würde die Schulden zu tilgen.

Des Weiteren fordern wir den restlichen Überschuss ausschließlich in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zu investieren. So würde der Überschuss mit einem Blick in die Zukunft gut genutzt, denn Bildung ist die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs und ein entscheidender Faktor bei der Chancengleichheit.

Begründung:

Derzeit liegen die Staatsschulden der Bundesrepublik Deutschland bei mehr als 2 Billionen Euro. Die Staatsschuldenquote liegt mit 68,3 Prozent über der in den Maastrichter-Verträgen vereinbarten Schuldenquote von 60 Prozent.

Durch die aktuelle Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank können sich Staaten so günstig, wie nie zuvor, Geld leihen. Deutschland hat im vergangenen Jahr dennoch knapp 43 Milliarden Euro für die durch die Staatsschulden anfallenden Zinsen gezahlt. Das entspricht einer Quote von knapp 2 Prozent der Staatsschulden und ein bisschen mehr als 6 Prozent der Steuereinnahmen im Jahr 2016. Die Zinslast ist seit 2012 von 70 Milliarden Euro kontinuierlich, durch die Politik der EZB, gesunken. Die Rechnung dieser günstigen Zinspolitik für Staaten zahlen vor allem die Sparer und Geringverdiener, die kaum Zinsen für ihr Ersparnis bekommen. Zusätzlich wirft die private Altersvorsorge vieler Bürger nicht die erwartete Rendite ab.

Die derzeitige Politik der amerikanischen Notenbank deutet auf eine baldige Zinswende hin. Wenn die EZB der Politik der FED folgt und beispielsweise der durchschnittliche Zins bis 2027 um lediglich 1 Prozentpunkt - auf das Niveau von 2011 – steigt, dann werden die Zinsausgaben auf mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr steigen.

Angenommen die Zinsen steigen auf das Niveau von vor der Finanzkrise, dann steigen die jährlichen Zinsausgaben auf mehr als 90 Milliarden Euro im Jahr. Das würde im deutschen Staatshaushalt Mehrausgaben in Höhe von 50 Milliarden Euro pro Jahr verursachen. Daran sieht man die starken Auswirkungen des Zinsniveaus auf die Staatsschulden.

Wir, als Junge Union Deutschlands, stehen für eine zukunftsgerichtete und generationengerechte Politik.